

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.30 Uhr
Ende: 13.30 Uhr

1) Hochwasserschutz

GRin. **Meißlitzer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Meine Frage betrifft das vorjährige Hochwasser. Sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Rüsch! Das vorjährige Hochwasser hat deutlich gemacht, wie wichtig entsprechende bauliche Maßnahmen sind, um derartig katastrophale Zustände, von denen Tausende Grazerinnen und Grazer vor allem in den Bezirken Andritz, Gösting, Mariatrost und Straßgang in Mitleidenschaft gezogen wurden, zu verhindern. Nicht zuletzt als Konsequenz auf diese dramatischen Ereignisse sind für das Budgetjahr 2006 nunmehr 900.000 Euro für Maßnahmen zum Hochwasserschutz vorgesehen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

welche Hochwasserschutzmaßnahmen zu welchen Kosten heuer speziell in den Bezirken Andritz, Gösting, Mariatrost und Straßgang vorgesehen sind.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin, wie Sie wahrscheinlich wissen, haben wir mit Jänner des letzten Jahres die Erarbeitung des Sachprogramms Grazer Bäche eingeleitet. Im Zusammenhang damit sind bis zur Jahresmitte Hochwasserschutzmaßnahmen für den Einödbach und für den Gabriachbach fertig ausgearbeitet worden, Geschiebesperre und zwei Retentionsbecken. Die Ereignisse im August haben uns dann veranlasst, die Ausrichtung und den Ablauf dieses Sachprogramms zu verändern und den Hochwasserschutz in den Vordergrund zu

stellen. Aufgrund einer Dokumentation dieser Ereignisse, die auch im Zusammenhang mit anderen Hochwasserbereichen große Erkenntnisse gebracht haben, sind nun für das Jahr 2006 insgesamt Maßnahmen an sechs Bächen ausgewählt worden und zwar Andritzbach, Schöckelbach, Stufenbach, Bründlbach, Mariatrosterbach und Petersbach. Wie soll das ablaufen? Es werden Aufträge verteilt, um konkrete Detailprojekte für Hochwasserschutzmaßnahmen für diese sechs Bäche auszuarbeiten, es werden in erster Linie Rückhaltebecken sein, es werden aber auch wie zum Beispiel im Unterlauf des Schöckelbaches von der Mur bis zur Prochaskagasse so genannte Linearmaßnahmen sein, das heißt Ausbaggerungen, um das Flussbett zu verbreitern. Die Abgabetermine für diese Ausarbeitung sind je nach Bach zwischen April und Juni. Danach können wir Projektgenehmigung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) vorlegen, gleichzeitig müssen für die Rückhaltebecken die entsprechenden Grundstücke bereitgestellt werden, es gibt eine Zusammenarbeit mit der Liegenschaftsabteilung, Liegenschaftsverkehr und es müssen auch die Bewilligungsverfahren eingeleitet werden. Aus heutiger Sicht ist der früheste Baubeginn für die Maßnahmen an diesen sechs Bächen der Oktober dieses Jahres. Wir haben für das heurige Jahr 900.000,- budgetiert, davon ausgehend, dass die Stadt Graz bei diesen Maßnahmen im Durchschnitt 20 % bezahlen muss, der Rest wird von Landes- und von Bundesseite beigesteuert, ist das ein Investitionsvolumen von zirka vier bis fünf Millionen Euro. Das wird auf jeden Fall ausreichen, um die Maßnahmen, deren Kosten im Detail allerdings eben jetzt erst ausgearbeitet werden und diese Maßnahmen jedenfalls für heuer mit den entsprechenden finanziellen Mitteln zu dotieren.

GRin. **Meißlitzer:** Danke, Herr Stadtrat, für diese Ausführungen. Es gibt ja bei diesen Bächen schon lange konkrete Maßnahmen, ich weiß es ganz konkret vom Mariatrosterbach, wo ja schon seit Jahren diese Hochwasserschutzmaßnahmen gefordert werden. Meine Zusatzfrage an Sie lautet jetzt, wie weit werden Sie im Sinne der Bezirksdemokratie die Anrainerinnen und Anrainer einbinden und auch ihr Wissen vor Ort und das Verhalten des Wassers berücksichtigen?

Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal möchte ich schon darauf hinweisen, dass nicht nur ich, sondern auch Bürgermeister und andere Stadtpolitiker unmittelbar bei diesen Ereignissen draußen vor Ort waren bei den Bächen und es dort auch unmittelbar Information gegeben hat. Dass es auch in der Zwischenzeit selbstverständlich wiederum von mehreren Mitgliedern der Stadtregierung, auch vom Bürgermeister, Termine vor Ort gegeben hat, also die Bürgerinformation ist da sicherlich im Gange. Wir haben unabhängig davon selbstverständlich vor, auch im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Detailprojekte die davon Betroffenen sehr intensiv und ausführlich zu informieren. Das hat sich auch in der Vergangenheit als sehr, sehr wichtig erwiesen, weil wir von den Betroffenen auch sehr, sehr viele wertvolle Anregungen und Informationen bekommen, die wir für die Hochwasserschutzmaßnahmen nutzen können (*Applaus ÖVP*).

2) Zukunft des Puchmuseums in Graz

GRin. **Schloffer** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat Miedl! Meine Frage betrifft heute die Zukunft des Puchmuseums in Graz. Seit meiner letzten Anfrage im März des Vorjahres ist es um das Puchmuseum recht still geworden, was die Verhandlungen um den Weiterbestand dieser wichtigen Einrichtung betrifft.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Mit wem wird zur Zeit in dieser Angelegenheit verhandelt beziehungsweise mit wem werden Gespräche geführt und wie ist zur Zeit der Stand der Verhandlungen mit dem Ziel, dass das Puchmuseum in Graz bleiben kann?

StR. **Miedl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Es war einer meiner ersten Aktionen vor Ort, dass ich mir den jetzigen Standort des Puchmuseums angeschaut habe, aber der Reihe nach. Am 8.5.2003 war bekannt, dass Gemeinderat Rudi Trummer den Antrag hier im Haus gestellt hat, dass das Puchmuseum im Zuge der Bestrebungen 2003 auch als gemeinsame Aktion der Bezirke Liebenau und Puntigam seine Pforten öffnet und die Exponate, die der Karl-Heinz Ratkolb, ein Privatier sozusagen, der sehr viel Energie und Leidenschaft in das Sammeln von Exponaten steckt, besichtigt werden können, das war relativ erfolgreich; zwischen 8.000 und 10.000 Besucher haben damals diese Ausstellung besucht und ich denke, dass wir gut daran tun, sozusagen von unserer Absicht her an dem Standort Graz, der nicht unwesentlich als Automobilerzeugungsstandort auch gilt, ein Puchmuseum, ein Fahrzeugmuseum zu erhalten. Am 11. März 2005 gab es einen runden Tisch mit Vertretern der Firma Magna Steyr beziehungsweise mit Politikern. Es kam nach diesem Treffen dazu, dass die seinerzeitige Kulturreferentin Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic 29.000 Euro für den Forterhaltung des Museums eingesetzt hat, Tourismuslandesrat Schützenhöfer und Edlinger-Ploder als Wissenschaftslandesrätin haben das auch unterstützt. Von meiner Seite, Frau Gemeinderätin, gibt es ein Bekenntnis dazu, dass man dieses Puchmuseum erhält, unbedingt versucht zu erhalten. Es ist allerdings jetzt seitens des Landes, hat es sich geändert, es ist der Landesrat Flecker für die Kultur zuständig und ich brauche Ihnen nicht zu betonen oder nicht darauf hinzuweisen, dass natürlich für die Erhaltung des Museums auch die Bemühungen des Landes in finanzieller Hinsicht unbedingt notwendig sind. Jetzt bin ich Ihnen schuldig zu sagen, was habe ich getan. Ich habe den Direktor des Stadtmuseums, den Otto Hochreiter gebeten, ein Konzept zu entwickeln, das ein schlankes Konzept ist, das aber garantieren soll, dass Stadt und Land das Museum nach Möglichkeit gemeinsam erhalten können, wobei als Standort mir zur Zeit diese ehemalige Puch-Industriefertigungshalle, die unter Denkmalschutz steht und die habe ich mir angeschaut, die ist großartig vom Dachgestühl her, würde sich ideal eignen, es gibt auch Überlegungen der GBG diesbezüglich, da fanden auch Gespräche zwischen den Vertretern von dort und mir statt, dass man das dort sozusagen festmacht dieses Museum als Vorschlag werde ich das Museum späterhin oder als Arbeitstitel Museum für Technologie und Arbeit benennen. Ich habe veranlasst und habe den Referenten, das heißt, ich habe den Leiter des Kulturamtes gebeten, im Zuge der Auflistung jener zu besprechenden Gegenstände,

die in der nächsten Zeit mit Stadt und Land zu besprechen sein werden, das Puchmuseum als zu finanzierende Absichtserklärung der Stadt sozusagen mit hinausgenommen. Das sind die Vorhaben und zum Teil die bereits erfolgten Aktivitäten, damit das Puchmuseum erhalten werden kann (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Schloffer**: Danke, Herr Stadtrat. Ich sehe Sie haben sich sehr damit beschäftigt, das freut mich, dass auch Sie einen positiven Zugang dazu haben und ich hoffe, dass die Gespräche und Verhandlungen weiterhin positiv sein werden. Meine Zusatzfrage ist: Sind die Mietkosten der letzten Monate beziehungsweise bis auf weiteres für das Puchmuseum jetzt gesichert, weil es muss ja monatlich Miete bezahlt werden. Sind diese Mietkosten gesichert, von letzten Monaten ist noch einiges offen und wie sieht es in der Zukunft aus, bis es zu einer fixen Installierung kommen kann?

StR. **Miedl**: Ja, Frau Gemeinderätin, Sie treffen den Nagel auf den Kopf, genau um das geht es. Ich denke, mit dem Augenblick, wo man das nicht mehr sichert, ist sehr viel in Wirklichkeit nicht mehr möglich. Das heißt, meine Absicht ist es und da gibt es ganz gute Überlegungen dazu, dass bis zur Entscheidung über ein Museum die Mietkosten gesichert sind, da gibt es Vorhaben, ich denke, das werden wir schaffen um dann darüber hinaus zu entscheiden, ob und in welcher Form das Museum eröffnet werden kann, wobei in die Konzeption natürlich auch den Kulturausschuss beabsichtigt einzubinden, wo Sie ja dann auch mit dabei sein werden. Nämlich es geht um die Frage, wie betreibt man ein solches Museum, wie personalabhängig ist es, ist das ein Ganztagesbetrieb, der jeden Tag offen hat oder ist das ein Museumsbetrieb, der bei bestimmtem Bedarf und Notwendigkeiten geöffnet hat? Ich denke, dass da sehr viel auch mit der Finanzierung zusammenhängt und eine solche erfolgreiche Konzeption würde ich ganz gerne mit dem Gemeinderat beschließen.

3) Jugendbeschäftigung

GRin. **Rücker** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, lieber Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg! Du bist jetzt seit dem Wechsel vor Weihnachten zuständiger Wirtschaftsstadtrat in der Stadt Graz und wir hatten ja im Laufe der letzten zwei Jahre schon verschiedene Diskussionen zum Thema beschäftigungspolitische Aufgabe der Stadt und wer ist überhaupt zuständig. Was ich lange eingefordert habe, dass es eine gemeinsame Zuständigkeit gibt, hat nicht wirklich so richtig stattgefunden, aber es hat immerhin einen Grundsatzbeschluss gegeben im Juni 2004, der von allen gemeinsam getragen wurde, aber federführend vom Wirtschaftsressort in Anspruch genommen wurde auch in diese Umsetzung zu arbeiten zum Thema Beschäftigungspolitik der Stadt Graz. Darüber hinaus ist noch nicht sehr viel weiter geschehen, es gab die Jugendbeschäftigungsdrehscheibe, wo wir den Abschlussbericht jetzt kennen, wie es damit weitergeht ist ungeklärt, es gab leider keine weiterführende Diskussion über die Klubgrenzen hinweg, die wir uns damals sehr gewünscht hätten, begleitet dazu, Im Rahmen dieser Jugendbeschäftigungsdrehscheibe wurden einige der damals als Aufgaben der Stadt definierten Aufgaben versucht umzusetzen, wobei das von einem kleinen Träger eigentlich nicht zu erwarten ist, sondern eigentlich die Aufgaben für die Stadt definiert worden wären und wir haben aber auch gesehen, dass dein Vorgänger das jetzt nicht unbedingt als sein Steckenpferd gesehen hat, die Beschäftigungspolitik und deswegen haben wir jetzt ein bisschen andere Erwartungen an dich. Jugendbeschäftigung, Beschäftigungslosigkeit, Frage des Arbeitsmarktes spitzt sich zu, ich glaube, ich brauche die aktuellen Daten nicht sagen, das letzte Jahr war Spitzenreiter seit Beginn dieser Republik und davon ist auch Graz nicht ausgenommen. Momentan geht es um zirka 2.000 junge Menschen in Graz, die arbeitslos vorgemerkt sind und zirka 330 Jugendliche, die als lehrstellensuchend vorgemerkt sind, jede Einzelne ist zuviel. Die Stadt ist neben den anderen AkteurInnen aktiv gefordert und wir würden uns eine stärkere koordinierte und zielgerichtete Vorgangsweise nach wie vor wünschen.

Deswegen stelle ich jetzt an dich die

Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, welche kommunalpolitischen Ansätze zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit siehst du und welche nächsten Schritte hast du konkret geplant?

StR. Eisel-Eiselsberg: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Zunächst möchte ich festhalten, dass die Herausforderung Jugendbeschäftigung mir ein besonderes, auch persönliches Anliegen ist und ich bekenne mich auch dazu, dass Wirtschaftspolitik untrennbar auch mit Beschäftigungspolitik verbunden ist oder umgekehrt, wie man auch will und ich bin auch gerne bereit, mit der Abteilung für Wirtschaft und Tourismusentwicklung dieses Thema federführend weiterzubehandeln und das wir uns diesem Thema eingehend widmen. Du hast es bereits angesprochen, im November des Vorjahres wurde dem Gemeinderat ein Bericht über die bisherigen Aktivitäten der Jugendbeschäftigungsdrehscheibe präsentiert. Ich denke, das war ein wichtiges und ambitioniertes Projekt, ein Pilotprojekt, aber wahrscheinlich auch nicht mehr und nicht weniger. Ich glaube, dass es nunmehr sehr wichtig ist, auf diese Erkenntnisse und Erfahrungen aufzubauen und auch die richtigen Schlüsse zu ziehen. Der Fortbestand der Jugendbeschäftigungsdrehscheibe ist ja auch mit Gemeinderatsbeschluss festgelegt, in welcher konkreten Form das auch immer geschehen wird. Faktum ist, dass diese Netzwerk- und Drehscheibenfunktion der Jugendbeschäftigungsdrehscheibe natürlich Fortbestand haben soll. Wichtig ist mir allerdings auch, dass die Aktivitäten, die dort gesetzt werden, möglichst messbar gemacht werden, damit wir auch tatsächlich wissen, welchen Sinn, welche Erfolge können wir dort ableiten. Die Kontaktstelle als fixe Einrichtung ist zweifellos auch ein wichtiges Modul in diesem System. Es gibt weitere Module, die seitens des Vereines Pasch, der damit beauftragt war, vorgeschlagen wurden, auch auf Basis internationaler Vergleiche, die angestellt wurden. Da wird es nunmehr zu entscheiden sein, welche können wir umsetzen, welche halten wir tatsächlich, auch für die Stadt Graz, für sinnvoll. Eine wesentliche Frage wird zweifellos auch die Finanzierung nicht nur der Drehscheibe, sondern auch weiterer Aktivitäten sein. Darum wird es auch besonders notwendig sein, mit allen Akteuren, die in diesem

Bereich tätig sind, Kontakte herzustellen, Gespräche zu führen, weil alle Aktivitäten, die wir in diesem Bereich setzen, natürlich auch mit Finanzierungsfragen verbunden sind und ich denke da in erster Linie natürlich auch an andere Gebietskörperschaften, aber auch an das AMS, auch die Wirtschaft, keine Frage, einzelne Gespräche in diesem Bereich habe ich bereits geführt, sie sind allesamt sehr positiv verlaufen und die Bereitschaft zur Mitarbeit scheint überall gegeben zu sein. Die Weiterführung dieser Drehscheibe ist also verankert, wir möchten gemeinsam zu einem weiteren Netzwerktreffen einladen, das wird bereits im Februar passieren, da wirst selbstverständlich auch du eingeladen werden dazu und aufbauend auf dieser externen Evaluierung der bisherigen Tätigkeiten, und ich möchte schon dazusagen, wenn bekrittelt wird, dass die Aktivitäten nicht weltbewegend waren, die bisher gesetzt wurden, man muss auch bedenken, dass die finanziellen Ressourcen dafür und auch die personellen Ressourcen dafür auch endenwollend waren, und mit den vorhandenen Mitteln ist das aus meiner Sicht dennoch einiges weitergebracht worden. Wie gesagt, das erste große Netzwerktreffen soll noch im Februar stattfinden, unser Ziel ist es, dass wir gemeinsam mit dieser Gruppe dann ganz konkrete Maßnahmen und Vorschläge ausarbeiten, die wir dann auch dem Gemeinderat vorlegen können. Ein zusätzliches Ziel für das heurige Jahr ist es auch, dass wir ein Projekt so aufbereiten, damit wir es auch bei der EU dann einreichen können, um allenfalls ab dem Jahr 2007 in einem Förderprogramm zu sein, wäre für uns eine große Hilfe. Zusammengefasst aus meiner Sicht, es tut sich einiges, man kann sicher einiges tun, dazu bedarf es aber der Mitarbeit und der Mithilfe aller hier im Gemeinderat vertretenen Parteien und zu dieser Zusammenarbeit lade ich sehr herzlich ein und ich bin sicher, dass uns das eine oder andere in diesem Bereich gelingen wird können (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Nur kurze Zusatzfrage, das Netzwerktreffen, da hast du gemeint, auch die zuständigen Institutionen am Arbeitsmarkt miteinzuladen und die Fraktionen, habe ich das richtig verstanden? Werden auch Träger, die im Bereich Jugendbeschäftigung momentan Angebote haben, eingebunden?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Es hat ja einen Arbeitskreis hier auf Stadtebene gegeben. Den möchten wir selbstverständlich erweitern um jene Institutionen und Einrichtungen, von denen wir erwarten, dass sie nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in fachlicher Hinsicht einen Beitrag leisten können. Ich denke, wir können uns auch sicher darauf verständigen, wenn die eine oder andere Person oder Institution aus deiner Sicht noch zielführend und notwendig wäre, das jederzeit erweitern können.

4) Initiative zur Förderung Grazer Schulkinder

GRin. Dr. **Sickl** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Dr. **Sickl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Meine Anfrage beziehungsweise meine Frage betrifft heute die Initiativen zur Förderung der Grazer Schulkinder. Sehr geehrter Herr Stadtrat Miedl! In den Pflichtschulen beträgt der Anteil an Schülern mit nicht deutscher Muttersprache 10 Prozent, an einigen Grazer Volksschulen liegt der Anteil aber über 70 Prozent, an manchen Schulen ist der Anteil sogar über 90 Prozent. Nun haben nicht nur Eltern und Medien Alarm geschlagen, sondern auch Ministerin Gehrler hat erkannt, dass sofortiger Handlungsbedarf besteht. Für ganz Österreich wurden 300 neue Stützlehrer zugesagt.

Doch bevor auch nur ein einziger Lehrer seinen Dienst antreten konnte, ging bereits „wildes Feilschen wie am Tarviser Markt“, so hat es die Kärntner Landesschulratspräsidentin bezeichnet, los. Allein Wien, wo bereits jeder zweite Volksschüler nicht Deutsch als Muttersprache hat, fordert 165 von den 300 Stützlehrern an. Vorarlberg hat einen Bedarf von 100 Lehrern angemeldet. In Kärnten würden 70 benötigt werden und Landesrat Erlitz pocht in der Steiermark auf mindestens 60 zusätzliche Lehrer. In den restlichen Ländern wird die Situation ähnlich gelagert sein. Mit 300 zusätzlichen Stützlehrern auf alle Fälle wird man sicher kein Auslangen finden können.

Meine Sorge trifft natürlich in erster Linie die Stadt Graz, deswegen möchte ich mich heute mit dem eindringlichen Ersuchen an Sie wenden, auch für Graz die benötigte Anzahl an Stützlehrern einzufordern. Allerdings möchte ich einen Schritt weiter gehen und nicht nur Kinder mit nicht deutscher Muttersprache fördern, sondern auch deutschsprachige Kinder stützen. Uns allen sind noch die Zahlen der Pisa-Studie in Erinnerung, angeblich können derzeit 18.000 Kinder – zur Verdeutlichung, das sind mehr, als Zuschauer in das Liebenauer Stadion passen würden – dem Unterricht nicht folgen. Man spricht von einer 20-prozentigen Risikogruppe, unabhängig von der Muttersprache.

Daher stelle ich folgende

F r a g e

an Sie, ob Sie darlegen können, welche Initiativen seitens der Stadt Graz zur Förderung der Grazer Schulkinder, unabhängig von deren Muttersprache, geplant sind, um Kinder so weit zu stützen, dass sie dem Unterricht folgen können.

StR. **Miedl**: Frau Gemeinderätin, zum Ersten, selbstverständlich haben wir alles zu tun, um Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, sie in ihrer Sprachfähigkeit zu verbessern und zu unterstützen. Da gibt es mehrere Strategien, ich glaube ganz bestimmt, dass die Sprachfähigkeit, die Dialogfähigkeit und natürlich auch das Maß, sich verständigen zu können, auch aggressionsvermindernd wirkt und wirken kann. Es gibt da mehrere Strategien, Sie wissen so wie ich, dass die direkte Zuständigkeit eines Stadtschulrates einer großen Stadt in Österreich nicht gegeben ist, weil die Kompetenzsituation anders verteilt ist, das heißt, wir werden natürlich mit allen politischen Möglichkeiten und Mitteln darauf schauen, dass die Stadt Graz auch entsprechend beteiligt wird mit personellen Ressourcen, die wir unbedingt brauchen. Ich sage dazu, Frau Gemeinderätin, dass ich im späten Herbst vorigen Jahres ein Gespräch mit unseren Pflichtschullehrern, also VolksschullehrerInnen und HauptschullehrerInnen, gehabt habe, wo ich sehr, sehr begeistert war wegen des hohen Problembewusstseins unserer Lehrer aber auch wegen des hohen

Engagements, das sie tagtäglich ans Werk legen. Vielleicht nur zur Vervollständigung und damit wir auch wissen, wie die Situationen sich zur Zeit aufteilen, Frau Gemeinderätin. Wir haben insgesamt einen Anteil der SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache im Schuljahr 2005/2006, wie folgt teilt sich das auf: 32 % in öffentlichen Volksschulen, 24 % an öffentlichen Hauptschulen, auf den öffentlichen Sonderschulen 21 %, private Volksschulen 7 % und private Hauptschulen 3 %. Und jetzt unterteilt sich das nochmals, an den Volksschulen haben wir bis zu 10 % SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache in sieben Schulen, zwischen 11 und 30 % haben wir in 17 Schulen, zwischen 31 und 50 % haben wir in acht Schulen und zwischen 51 und 70 % in sechs Schulen, über 70 % in vier Schulen im Volksschulbereich, im Hauptschulbereich stellt sich das ein bisschen anders dar, da haben wir eine Schule, wo bis zu 10 % Kinder mit nicht deutscher Muttersprache den Unterricht besuchen, 13 Schulen, wo zwischen 11 und 30 % Kinder mit nicht deutscher Muttersprache die Schulen besuchen, drei Schulen mit 31 bis 50 % und zwei Schulen mit 51 bis 70 %, über 70 % im Bereich der Hauptschulen haben wir überhaupt keine Schule. Das heißt, das ist der Befund. Jetzt gibt es die Strategie und ich habe jetzt am Sonntag sehr aufmerksam die Zeitung gelesen, wo der neue Landesschulratspräsident von einer Zwangszuweisung der SchülerInnen spricht. Ich sage Ihnen, so sehr ich weiß, dass es eigentlich praktisch unmöglich ist, ist es nicht die Strategie, mit der wir vorlieb nehmen können, weil da kann man zwar langfristig was tun, in dem sich die Wohnungspolitik wirklich verändert, kurzfristig kann ich nur insofern etwas tun, dass sich die Stadt Graz dazu bekannt hat, das Erlernen der deutschen Sprache möglich zu machen. Und da gibt es ein großartiges Angebot nämlich von Sale, Isop und Danaida, das die Stadt Graz jährlich rund 100.000 Euro kostet, das Land beteiligt sich im gleichen Maße dabei und durch diese Vorgangsweise, Frau Kollegin, ist es uns wirklich gelungen, ich habe gestaunt und ich habe den Dr. Just als verantwortlichen Leiter des Schulamtes noch mal rückgefragt: Nur 41 % der VolksschülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache bedürfen eines Förderunterrichtes in Deutsch und ich behaupte, dass es da tatsächlich gelungen ist, mit diesem außerschulischen Deutschunterricht die sprachliche Fähigkeit der Kinder tatsächlich enorm zu verbessern. Das heißt, ich möchte auf alle Fälle genau diese Strategie weiter beibehalten und ich sage Ihnen jetzt, es passt nicht ganz zu Ihrer Anfrage, aber weil ich weiß, wie sehr Sie sich auch dieser Sache annehmen, ich werde jetzt in der nächsten Zeit den Polytechnischen

Lehrgang in Graz besuchen, wo in der Triester Straße sehr viele Klassen des Polytechnischen Lehrganges sich befinden und ich möchte mich sehr intensiv dort mit den LehrerInnen und zum Teil mit den SchülerInnen auseinandersetzen, weil ich glaube, dass wir hier vor allem Ressourcen auch zu konzentrieren haben in Richtung Gewaltvermeidung, das ist mir ein besonderes Anliegen, dass wir da auch wirklich verstärkt unser Augenmerk dahinrichten. Da bitte ich auch um Ihre Unterstützung. Das ist es in etwa, was wir zur Zeit tun, ich bemühe mich darüber hinaus selbstverständlich auch um die Stützlehrer und die entsprechende Zuteilung von Quoten solcher Stützlehrer, weil ich glaube, dass es auch unverzichtbar ist, dass die entsprechenden Ressourcen dazukommen und ich sage Ihnen jetzt auch ein ganz besonderes Bekenntnis zur Unterstützung unserer Lehrerinnen und Lehrer an unseren Pflichtschulen, die leisten Großartiges und ich habe es einmal in einer Zeitung gesagt, ich möchte nicht mehr zulassen, und bitte unterstützen Sie uns alle dabei, dass wir so geringschätzig über das Arbeitspotential und die Ernsthaftigkeit der Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer in unseren Grazer Schulen diskutieren lassen. Ich möchte da wirklich einen Bann brechen und ich möchte die Arbeit dieser Lehrerinnen und Lehrer bedankt wissen und das möchte ich gemeinsam mit Ihnen und gemeinsam mit dem Gemeinderat auch auf das Besondere im heurigen Jahr tun (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Sickl**: Danke Herr Stadtrat für die ausführliche Information. Jetzt sehe ich, dass da einiges gemacht wird für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache und dass noch viel getan werden muss, das ist auch klar, auch weiß ich, dass die Lehrer da Großartiges leisten, weil einfach das auch eine Herausforderung ist, wenn Kinder mit nicht deutscher Muttersprache auch dem Unterricht folgen sollen oder müssen...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Sie wollen ja auch.

Dr. **Sickl**: Nur meine Zusatzfrage richtet sich jetzt dahingehend, welche Initiativen die Stadt Graz jetzt setzt für zum Beispiel lernschwache Kinder mit deutscher Muttersprache, weil die dürfen auch nicht vernachlässigt werden und die Pisa-Studie, ich habe das auch schon in meinem Motivenbericht erklärt, dass eben da eine zwanzigprozentige Risikogruppe ist, jetzt österreichweit gesehen, das ist mir schon klar, aber was tut die Stadt Graz für diese Kinder, die deutsch sprechen, aber trotzdem lernschwach sind, weil ich finde, das sollte Hand in Hand gehen.

StR. **Miedl**: Frau Gemeinderätin, ich nehme das jetzt sehr ernst, was Sie sagen. Ich sage Ihnen zum Ersten, dass genau in jenen Klassen, wo Kinder mit nicht deutscher Muttersprache gemischt sind mit Kindern mit deutscher Muttersprache die Kinder voneinander irrsinnig profitieren und ich sehe da überhaupt keinen Widerspruch, weil soziales Lernen genauso auch stattfindet. Und das Einblick-Nehmen, das Interessewecken der Kinder für eine andere Kultur ist etwas von Haus aus auch Gewaltvermeidendes und ich denke, das ist auch soziales Lernen, das wir vor allem sozusagen vorantreiben sollen, wir brauchen nur einen anderen Blickwinkel, wir müssen nur ein bisschen unsere Position verändern und dann empfinden wir das, was da geleistet wird, als großartig. Zu Ihrer Frage konkret jetzt, Frau Gemeinderätin, es geschieht wahnsinnig viel und ich möchte als Schulreferent nicht unterscheiden zwischen ausländischen Kindern, zwischen Kindern mit nicht deutscher Muttersprache und Kinder mit deutscher Muttersprache, als Schulreferent und als politisch Verantwortlicher sind mir alle Kinder gleich viel wert. Ich möchte Ihnen sagen, dass die Stadt Graz sich sehr bemüht, sie bemüht sich wirklich, die Lernbetreuung am Nachmittag, die die Stadt Graz finanziert, ist eine großartige Initiative, wo uns wahnsinnig viel gelingt und das so wie Graz kaum eine andere Stadt macht und ich muss Ihnen wirklich sagen, da gelingt etwas, wo wir gemeinsam stolz sein können und zwar alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte des Hauses, weil da unsere Kinder sprachlich, aber auch im sozialen Lernen und darüber hinaus mit Wissen und auch mit der Bereitschaft aufeinander zuzugehen, das wird gelehrt in einer Form, wie es anderswo nicht so der Fall ist. Und ich denke, wenn uns das weiterhin gelingt, dann sehen wir das alles nicht als Widerspruch, sondern als Bereicherung und als Ergänzung. Nämlich es nutzt uns in Wirklichkeit nicht, nichts

anders als den Tatsachen ins Auge zu blicken und allen Kindern gleichmäßig Unterstützung und Hilfe zugesagt zuteil werden zu lassen. Ich würde Sie wirklich bitten, dass sie das auch so akzeptieren und aufnehmen und mitunterstützen.

5) Aufnahme der Akutgeriatrie in den SKAFF

GRin. **Gesek** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Bis heute ist die Akutgeriatrie in den Krankenanstaltenfinanzierungsfonds von Seiten des Landes noch nicht aufgenommen worden, obwohl es von Seiten des Landesrates a.D. Mag. Erlitz eine verbindliche Zusage mit Wirksamkeit 1. Jänner 2006 gibt. Von Seiten des Landes ist diese Zusage bisher nicht eingehalten worden.

Dass hier der Stadt Graz ein beträchtlicher finanzieller Schaden tagtäglich entsteht, brauche ich wohl nicht besonders zu erwähnen.

Ich frage dich daher, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), ob du bereit bist, raschest mit den Verantwortlichen des Landes Steiermark, im Besonderen an den nunmehr zuständigen Landesrat Mag. Helmut Hirt, heranzutreten, dass die Akutgeriatrie des Geriatriischen Krankenhauses Graz raschestmöglich in den Krankenanstaltenfinanzierungsfonds aufgenommen wird.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Selbstverständlich, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, bin ich bereit, auch mit dem neuen Landesrat für Gesundheitswesen in den intensiven Kontakt zu treten. Ich bedaure ebenfalls auch, dass jene politischen Bemühungen, die wir durchaus in gemeinsamer Vorgangsweise, aber ich ganz besonders als ressortzuständiger Referent mit dem damaligen Gesundheitslandesrat auch geführt

habe, nicht zu dem Ergebnis gekommen sind, das wir alle uns gewünscht haben, dass nämlich die 75 Betten der Akutgeriatrie und in erster Folge die 25 Betten, nämlich in den SKAFF aufgenommen werden mit 1.1.2006, war eigentlich die Vereinbarung. Jetzt hat es zwei, sage ich einmal, Problemkreise gegeben, einmal die Landtagswahl, durch die natürlich jetzt neue Zuständigkeiten nicht nur auf Büroebene, sondern auch in politischer Hinsicht, zu der es gekommen ist und natürlich das Zweite auch die Versorgungsstudie, die du auch, glaube ich, ganz gut kennst von Ebner-Hohenauer, die die Grundlage nämlich für die Aufnahme der Akutgeriatrie des Geriatriischen Krankenhauses der Stadt Graz sein sollte, wurde erst im Dezember abgeschlossen und wesentliche Teile dieser Studie stehen dem GGZ der Stadt Graz nach wie vor noch nicht zur Verfügung. Daher glaube ich, ist es jetzt sehr rasch notwendig, neuerlich mit dem neuen Gesundheitslandesrat ebenfalls die politische Vereinbarung zu treffen, verzögern wird es sich auf alle Fälle, wir peilen natürlich jetzt den 1.7.2006 an und ich denke, dass es auch bei den Stadt-Land-Gesprächen, die in wenigen Wochen stattfinden werden, auch ein ganz wichtiger Punkt ist, von den gesamten Stadtverantwortlichen hier diesen Punkt einzufordern.

GRin. **Gesek:** Danke vielmals, was hast du seit der Landtagwahl bis Jahresende 2005 ob des Termins 1.1.2006 beim zuständigen Landesrat Hirth unternommen?

Bgm.-Stv. **Ferk:** Wir haben immer wieder, der Herr Landesrat war erst als Gast in den Geriatriischen Gesundheitszentren und der Geschäftsführer war im Zusammenhang von mir beauftragt, hier auch die weiterführenden Gespräche zu führen und diese haben auch, nicht nur auf Ebene, sage ich jetzt, auf politischer Ebene, sondern natürlich auch mit der entsprechenden Abteilung des Landes inzwischen stattgefunden.

6) Kosten der Grazer Bonus Card

GRin. **Bergmann** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg! Die Grazer Handelsmarketing GmbH wurde im Jahr 2004 als Nachfolgerin der Grazer Innenstadtinitiative gegründet. Die InIn war damals negativ in den Schlagzeilen der Medien und auch im Grazer Gemeinderat ein großes Gesprächsthema. Sie kostete die Stadt Graz in Form von hohen Subventionen und Haftungsübernahmen sehr viel Geld. Der Stadtrechnungshof, der Kontrollausschuss sowie die Gerichte waren damals mit dem Fall beschäftigt.

Mit der Handelsmarketing GmbH wollte der Gemeinderat auch in Zukunft etwas für die Handelsunternehmen der Stadt tun und vor allem war das Thema Arbeitsplatzhaltung und Beschaffung von Arbeitsplätzen der zentrale Inhalt der Diskussionen im Gemeinderat.

Die Handelsmarketing GmbH wurde noch im Herbst 2004 mit einem Jahresbudget von € 850.000.- für drei Monate ausgestattet und dieselbe Summe wurde auch für 2005 zur Verfügung gestellt. Der Aufgabenbereich wurde von der Grazer Innenstadt auch auf alle Grazer Stadtbezirke ausgeweitet.

Im Jahr 2005 wurde die „Grazer Bonus Card“ eingeführt. Laut Berichten in den Medien wurde diese Card nur schleppend von der Grazer Geschäftswelt angenommen. Mit einem riesigen Werbeaufwand in Medien und mittels Veranstaltungen wurde versucht, die „Grazer Bonus Card“ in Schwung zu bringen und nicht nur Kleinbetriebe dafür zu gewinnen.

Jetzt ist ein Jahr inklusive einem Weihnachtsgeschäft vergangen und man sollte den Erfolg dieser Aktion prüfen.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ-Fraktion folgende

F r a g e

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat:

Was kostete die Stadt Graz im Jahr 2005 eine „Grazer Bonus Card“? (*Applaus KPÖ*)

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Der Graz-Bonus wurde im Juli 2005 durch die Handelsmarketinggesellschaft gestartet. Mit Kastner und Öhler ist im Dezember des Vorjahres auch der große Innenstadtmagnet beigetreten. Ein besonderes Anliegen bei Entwicklung dieses Projektes war auch die Einbindung des öffentlichen Verkehrs, so kann man jetzt für ein Studenticket in der Verbundzone 101 auch dieses Ticket um 1,50 Euro erwerben, Sie wissen, sonst kostet es 1,70. Es ist bereits möglich, mit einem Grazer Bonus-Taxi zu fahren, also auch in diesem Bereich wurden unterschiedliche Aktivitäten gesetzt. Seit Juli des Vorjahres, seit Start dieses Projektes, also seit rund einem halben Jahr nützen bereits mehr als 7.000 Kunden die Bankomatkarte als Graz Bonus Karte, eine Vergleichszahl, in Linz gibt es ein vergleichbares Modell, hier wurden in drei Jahren 15.000 Mitglieder angeworben. Bei der Unternehmenseite kann ich Ihnen berichten, dass bisher 260 Partner dabei sind, das sind bereits mehr als 10 % aller Einzelhändler in Graz in der Innenstadt liegt die Beteiligung bereits bei zirka 30 %. Zur konkreten Frage, bisher wurde für eine Karte, also umgelegt auf eine Karte, rund 46 Euro investiert. Das ist kein geringer Betrag, das kann man durchaus zugeben, aber ich bitte Sie auch zu bedenken, dass diese Kosten sich mit weiterer Zunahme von Kunden sowohl auf Unternehmenseite wie auch auf Kundenseite, also Konsumentenseite natürlich pro Karte deutlich senken werden, weil die Start- und Basiskosten eines solchen Projektes natürlich immer sehr hoch sind, aber die Ausdehnung dann deutlich geringere Kosten verursacht. Ich kann Ihnen auch noch berichten, dass mit diesen Kosten die Investitionen bei den Unternehmungen verbunden sind, die Lizenzen, der laufende Betrieb und natürlich auch die Partnerbetreuung bezahlt werden muss. Im Sommer heurigen Jahres sollen noch zahlreiche Gastronomiebetriebe dazukommen und ich denke, der Graz-Bonus wird auch in dieser Hinsicht daher vielseitiger und noch attraktiver werden. Vielleicht einige Worte zum Abschluss, der Geschäftsführer der Handelsmarketinggesellschaft hat sich ja sehr ambitionierte Ziele gesetzt, ich denke, das ist auch gut so, wenn sich ein Geschäftsführer die ominöse Latte selbst sehr hoch legt. Es wäre ein leichtes, die Ziele sehr nieder zu halten, um dann brillieren zu können, dass man alle überschreitet. Er hat dieses Ziel, das er sich für das erste halbe Jahr gesteckt hat, nicht erreicht, das ist zur Kenntnis zu nehmen, aber ich bitte auch um Geduld und um die Chance für das Unternehmen und den Geschäftsführer, dieses Projekt in Ruhe fortführen zu können (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann**: Das sind jetzt Fakten, die auf dem Tisch liegen, die sind sehr schön, aber hat man vor, eine Evaluierung unter Einbeziehung der Handelsunternehmen durchzuführen, das heißt, ich habe in meinem Bericht schon gesagt, dass hier im Gemeinderat das Thema war, es muss eine wichtige Initiative sein, um Arbeitsplätze in der Stadt zu erhalten und um einfach die Kundenströme nicht abwandern zu lassen. Jetzt wäre die Frage, ist diese Evaluierung mit Einbeziehung der Geschäftsleute im Hinblick jetzt auf die Arbeitsplatzsituation, haben sich die Arbeitsplätze in diesen beteiligten Firmen gehalten, sind dort Leute abgebaut worden oder zusätzlich angestellt worden oder hat es in der Umsatzentwicklung auf Grund dieser Bonus Card einfach Erfolge gegeben?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Unter Berücksichtigung des doch geringen Zeitraumes und kurzen Zeitraumes dieses Projektes gibt es diese Daten natürlich noch nicht. Aber sowohl im Aufsichtsrat werden diese natürlich messbaren Erfolge dieser Aktivitäten ständig hinterfragt werden, weil Sie haben es auch angeschnitten, es wird natürlich eine nicht geringe Investition in diesem Bereich getätigt, darum muss man auch die Erfolge messen können. Ich denke aber doch, dass wir da noch einige Zeit brauchen werden, bis wir Vergleichsdaten für die Zeit zuvor und dann die Erfolge danach eben vorliegen haben und daraus unsere Schlüsse ziehen können, aber ich denke, wir werden nicht nur im Aufsichtsrat selbst und mit der Geschäftsführung, sondern sicher auch hier im Hause Gelegenheit haben, das zum geeigneten Zeitpunkt zu diskutieren.

7) Schneeräumung

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** stellt an StRin. **Monogioudis** folgende Frage:

Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Es sind nun schon fast drei Wochen seit den letzten Schneefällen verstrichen und es sind außer in der Kernstadt kaum Aktivitäten feststellbar, um den an den Straßenrändern und teilweise auch auf den

Fahrbahnen selbst die angehäuften Schneehäufen und mittlerweile hart gefrorenen Schnee wegzuräumen.

Dies führt immer wieder zu gefährlichen Situationen: Einerseits sind die Fahrbahnen so schmal, dass ein Passieren entgegenkommender Fahrzeuge sehr schwer möglich ist und die Flüssigkeit des Verkehrs stark herabgesetzt wird, andererseits ist es oft schwierig wegen dieser Schneewälle ohne bergsteigerische Fähigkeiten Straßen zu überqueren. Einen Kinderwagen oder einen Rollstuhl kann man auf längere Strecken überhaupt nicht über die Straße schieben.

Dazu kommt noch, dass viele Parkplätze nicht genutzt werden können, was in Kurzparkzonen auch zu Einnahmenverlusten für unsere Stadt führt, und speziell Fahrer einspuriger Fahrzeuge, wie ich als Radfahrer zum Beispiel, durch Eisstreifen am Straßenrand zusätzlich gefährdet werden.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

F r a g e ,

ob Sie bereit sind, Ihrer Dienstleistungspflicht an unseren Bürgern nachzukommen und umgehend mit der Schneeräumung zu beginnen, zumal es auch um Sicherheit geht (*Applaus ÖVP*)?

StRin. **Monogioudis:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich möchte, bevor ich zum von Ihnen angesprochenen Teilaspekt komme, zuerst noch einmal in Erinnerung rufen, von den Wirtschaftsbetrieben werden im Winterdienst entsprechend ihren Aufgaben 833 Kilometer Fahrbahnen betreut, über 13.000 Laufmeter Gehsteige, 1.545 Fußgängerübergänge, 8 Fußgängerunterführungen, 25 Brücken und Stege, 430 Fahrradabstellplätze, 510 Behindertenparkplätze an 367 Örtlichkeiten, 80 Kilometer Radwege, 223 Laufmeter Fußwege, 18 Stiegenanlagen und 20 Plätze in der Innenstadt, wobei Straßen, die vom öffentlichen Verkehr, also von öffentlichen Verkehrsmittel befahren werden, so wie die Innenstadt mit ihren Plätzen und

Fußgängerzonen zuerst gepflügt und bestreut werden. Der Winterdienst hat auch heuer wieder sehr gut funktioniert und es gab dafür auch sehr viel Lob und den Beschäftigten, die unermüdlich und oft in den Nachtstunden im Einsatz sind, gebührt dafür auch unsere Anerkennung (*Applaus SPÖ und KPÖ*). Das Pflügen der Straße führt zwangsläufig dazu, dass Schnee an die Fahrbahnränder geschoben wird und ich weiß, dass das oft Gegenstand von Beschwerden ist und deswegen bin ich auch froh, dass ich hier das ansprechen kann, damit da einiges aufgeklärt werden kann. Unter normalen Winterbedingungen und darunter fällt auch dieser Winter bis jetzt noch, wird dieser Schnee nur von öffentlichen Plätzen und Fußgängerzonen abtransportiert. Der Grund sind die hohen Kosten, die dabei entstehen. Für die Entfernung von einem Kubikmeter Schnee müssen insgesamt zusätzlich fünf Euro zusätzlich zu den sonstigen Kosten des üblichen Winterdienstes aufgewendet werden. Im so genannten Katastrophenwinter 1985/86 machten die Kosten für diese Fremdleistungen allein rund 15 Millionen Schilling aus. Das letzte Mal wurde Schnee in größerem Ausmaß im Winter 1998/96 abtransportiert, das waren damals ungefähr 40.000 Kubikmeter. Die gefallene Schneemenge betrug damals allerdings 180 cm, heuer sind es bis jetzt in den Niederungen der Stadt 60 cm, also ein Drittel davon. Der Abtransport von Schnee ist mit sehr großem Aufwand verbunden, man kann nämlich nicht punktuell Schneehäufen einfach entfernen, sondern muss flächendeckend ein ganzes Gebiet sperren, um den Schnee zu entfernen und abzutransportieren. Abgesehen von der Frage, wie sinnvoll eine derartige Ausgabe wäre, weil ein paar Wochen später ist das ohnehin weggeschmolzen, muss ich Sie, sehr geehrter Herr Gemeinderat, auch auf die finanzielle Situation der Wirtschaftsbetriebe aufmerksam machen. Für das laufende Jahr haben die Wirtschaftsbetriebe mit der Stadt Graz ein Auftragsvolumen von insgesamt 49 Millionen Euro vereinbart. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr bereits eine drastische Reduktion. Sie bekommen aber nur 42 Millionen Euro dafür, man hat die Wirtschaftsbetriebe aufgefordert, den Abgang, der dadurch entsteht, durch Darlehen zu finanzieren. Insbesondere im Winterdienst und in der Erhaltung kommen aber laufend Aufgaben dazu. Die Wirtschaftsbetriebe sind also gezwungen, Einsparungen vorzunehmen und diese Einsparungen und die Auswirkungen müssen wir dann auch alle gemeinsam aushalten und vertreten. Und Sie, sehr geehrter Herr Gemeinderat, kennen aus dem Verwaltungsausschuss der Wirtschaftsbetriebe diese Situation sehr genau. Manche Dienstleistungen wird es in dieser Form nicht mehr geben können

oder nur mehr dann, wenn wir mit ganz außerordentlichen Schneemengen konfrontiert sind und natürlich auch dann nur, wenn es dafür eine extra Bedeckung gibt. Auch aus dem Titel der Gebührenzahlung für die blauen Zonen besteht keinerlei Anspruch auf die Räumung des Parkplatzes. Dies wurde auch anlässlich einer Städtebundtagung von einem Juristen aus dem Verkehrsministerium vollinhaltlich so bestätigt (*Applaus KPÖ*).

Dipl.-Ing. **Linhart**: Danke, Frau Stadträtin, für die Inventur unsere Straßen und Wege in der Stadt. In den letzten schneearmen Wintern haben Sie frohlockt über niedrige Räumungskosten, wollen Sie diesmal wieder über das Gleiche frohlocken, indem Sie die Notwendigkeit der Schneeräumung negieren und damit vielleicht auch den einen oder anderen Schenkelhalsbruch eines betagten Menschen verantworten wollen.

StRin. **Monogioudis**: Also es ist nicht so, dass die Schneeräumung nicht durchgeführt wird, Herr Gemeinderat, die Straßen sind geräumt und die Fußgängerübergänge, und um die geht es, wenn es um Fußgänger geht, die sind auch vorbildlich geräumt und gestreut (*Applaus KPÖ*).

8) Straßenpolizeiliche Bewilligungen für Gastgärten

GRin. **Zeiler** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Zeiler**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Vor wenigen Tagen wurden vom Straßenamt die ersten Bescheide zur straßenpolizeilichen Bewilligung von Gastgärten für 2006 ausgestellt.

Darin wird für die Zeit vom 15.6. bis 15.9. eine Offenhaltezeit von 8.00 bis 23.30 Uhr festgesetzt. Dies entspricht nicht der derzeit gültigen Rechtslage. Derzeit gilt nur die

Gewerbeordnung, die für Gastgärten auf öffentlichem Grund eine Öffnungszeit bis höchstens 23 Uhr erlaubt.

Was eine allfällige Verlängerung der Offenhaltezeit betrifft, führt Bundesminister Bartenstein in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage aus:

„(...) die Gemeinde hat vor der Erlassung einer Betriebszeitenverordnung für Gastgärten zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Sonderregelung gegeben sind. Sind unzumutbare oder gesundheitsgefährdende Lärmbelastigungen zu erwarten, ist die Verlängerung der Betriebszeiten nicht gerechtfertigt. Entstehen durch den Betrieb von Gastgärten während der gesetzlich determinierten Betriebszeiten in einem Gebiet der Gemeinde unzumutbare Lärmbelastigungen, hat die Gemeinde die Handhabe die Betriebszeiten zu verkürzen.“

Zur Zumutbarkeit und Gesundheitsgefährdung liegen seit Jahren entsprechende Gutachten und Stellungnahmen vor, welche die Gefährdung belegen. Falls diese in Ihrem Büro nicht mehr auffindbar sein sollten, kann ich Sie Ihnen gerne erneut zur Verfügung stellen.

Ich zitiere weiter aus den neuen Bescheiden:

„Die erforderlichen Abräumarbeiten haben im unmittelbaren Anschluss daran so zu erfolgen, dass es zu keiner Lärmbelastigung kommt und dürfen nicht länger als 20 Minuten dauern.“

Dazu möchte ich sagen, es ist unmöglich, Abräumarbeiten so leise durchzuführen und es ist auch irrelevant, denn das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit teilt dazu in einem Schreiben vom 28. Mai 2003 mit:

„Es wird hierorts davon ausgegangen, dass Abräumarbeiten dem Betrieb eines Gastgartens hinzuzurechnen sind und daher innerhalb der zulässigen Zeiten erfolgen müssen. Eine zusätzliche Toleranzgrenze gibt es nicht.“

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

F r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die bisher erteilten Bescheide der geltenden Rechtslage entsprechend korrigiert werden? Das heißt:

1. dass auch für die Zeit vom 15.6. bis 15.9. die Sperrstunde gemäß der Gewerbeordnung auf 23 Uhr festgelegt wird;
2. dass die Abräumarbeiten innerhalb der Offenhaltezeit zu erfolgen haben.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin, zunächst einmal der Hinweis, wir sind hier sicherlich nicht in Kärnten, sondern in Graz und es ist klar, dass Verfassungsgerichtshofentscheide umgesetzt werden. Wie Sie richtig sagen, sind in der Zwischenzeit meines Wissens zwei Bescheide hinausgegangen, bei denen die neue Situation nicht berücksichtigt wurde, das war eine Unbedachtsamkeit, bei der wir dabei sind, sie zu reparieren. Der Hinweis soll an dieser Stelle erfolgen, dass wir in den privatrechtlichen Gestattungsverträgen ja durchaus immer auch die Formulierung drinnen haben die Öffnungszeit bis 23.30 Uhr, wenn von Seiten des Gesetzgebers nichts anderes bestimmt ist. Die Gemeinde hat die Möglichkeit, auf dem Verordnungsweg andere Öffnungszeiten der Gastgärten zu beschließen, wenn es nicht dazu kommt, dann sind die 23 Uhr für Gastgärten auf öffentlichem Grund die entsprechende Regelung, wenn es dazu kommt, gibt es eine neue Regelung. Ich kann nur nochmals sagen, dass wir uns derzeit an die bestehende Regelung mit 23.00 Uhr halten, sollte es eine andere geben, die dann vom Gemeinderat beschlossen werden müsste, dann wird selbstverständlich auch die neue Rechtslage angewandt. Bezüglich der Abräumungsarbeiten haben wir, wie Sie richtig gesagt haben, in den Gestattungsverträgen eine Frist von 20 Minuten eingeräumt, aber auch mit dem Hinweis, Sie haben es auch vorgelesen, dass es zu keiner Lärmentwicklung führen darf. Ich glaube, dass es in diesem Ausmaß durchaus ok ist und korrekt ist, wir werden selbstverständlich auch nochmals Rücksprache halten mit verschiedenen Institutionen. Nach unserer Erfahrung hat das im Laufe des letzten Jahres jedenfalls zu einer spürbaren Verbesserung, auch zu viel weniger Bürgerhinweisen und Widerstand und Beschwerden geführt. Klar ist jedenfalls, dass die Aufräumarbeiten, sollten sie nach 23 Uhr stattfinden, zu keiner weiteren Lärmentwicklung führen dürfen, sonst müssen sie vorher durchgeführt werden (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Zeiler**: Ich danke Ihnen dafür, dass Sie sich da einsetzen wollen und ich hoffe, dass das auch wirklich so hinhaut. Meine Zusatzfrage: Warum gehen die Bescheide nicht auch ans Gewerbeamt?

Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich muss ehrlich gestehen, ich bin im Moment etwas überfragt. Es gibt die Erlaubnis, oder halt die Regelung besteht aus einem privatrechtlichen Gestattungsvertrag, da ist es, glaube ich, klar, dass er nicht ans Gewerbeamt geht, wobei es kann durchaus informiert werden, das ist nicht das Problem, aber vorgesehen ist es jedenfalls nicht. Das Zweite ist ein Bescheid nach der StVO, auch da bin ich im Moment, kann ich Ihnen nicht beantworten, ob es erforderlich oder vorgesehen ist, diesen Bescheid an das Gewerbeamt zu übergeben. Ich denke mir, das hinter Ihrer Frage da ein Informationsbedarf des Gewerbeamtes liegt, wenn das der Fall ist, ist es überhaupt kein Problem, das so zu regeln, dass das Gewerbeamt darüber informiert wird, ich sehe da kein grundlegendes Problem dahinter.